

Impulspapier

der IHK Niedersachsen



Positionen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Niedersachsen

Dezember 2024



Wer wir sind

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der sieben niedersächsischen Industrie- und Handelskammern:

- IHK Braunschweig
- IHK Elbe-Weser
- IHK Hannover
- IHK Lüneburg-Wolfsburg
- Oldenburgische IHK
- IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim
- IHK für Ostfriesland und Papenburg

Sie vertritt mehr als 500.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Vorwort

Die wirtschaftliche Lage der Unternehmen in Niedersachsen ist alarmierend. Die Konjunkturindikatoren sind auf das Niveau früherer Krisenjahre gesunken. Insbesondere die Industrie steht unter massivem Druck und hier vor allem der Mittelstand – das Rückgrat unserer Wirtschaft mit traditionell großer Loyalität zum Standort. Dieser standorttreue Mittelstand ist Belastungen ausgesetzt, die kaum noch lösbar erscheinen. Hohe Abgaben und Energiekosten, ein wachsendes Dickicht an Bürokratie und ein stetig verschärfter Arbeits- und Fachkräftemangel führen dazu, dass Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auf der Strecke bleiben.

Wenig überraschend zeichnen daher die Ergebnisse der aktuellen IHKN-Standortumfrage ein düsteres Bild: Die Zufriedenheit der Unternehmen mit dem Wirtschaftsstandort Niedersachsen hat merklich abgenommen. Die Sorge der Unternehmen und vor allem der Industriebetriebe richtet sich nicht mehr nur auf einzelne Herausforderungen, sondern auf den Standort als Ganzes. Ohne Gegenmaßnahmen droht die wirtschaftliche Basis unseres Bundeslandes zu erodieren. In einer Zeit globaler Unsicherheiten braucht es stabile Rahmenbedingungen – genau daran fehlt es, und das nicht erst seit Ende der Regierungskoalition.

Vor diesem Hintergrund haben wir in zwei intensiven Workshops gemeinsam mit den Vorsitzenden der Industrieausschüsse der niedersächsischen IHKs die dringendsten Kernprobleme identifiziert und Lösungsansätze diskutiert. Mein besonderer Dank gilt den Ausschussvorsitzenden für ihren Einsatz, ihre Offenheit und die wertvollen Impulse, die sie in diesen Prozess eingebracht haben.

Konkret geht mein Dank an:

- Christoph Born, Vorsitzender des Industrie- und Umweltausschusses der IHK Elbe-Weser,
- Carsten Büsing, Vorsitzender des Industrie-, Energie- und Umweltausschusses der Oldenburgischen IHK,
- Dietmar Hemsath, Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Energie und Umwelt der IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim,
- Matthias Kählig, Vorsitzender des Ausschusses für Industrie und Forschung der IHK Hannover,
- Cord-Dieter Neemann, Vorsitzender des Ausschusses für Industrie und Energiewirtschaft der IHK für Ostfriesland und Papenburg.

Die vorliegenden Thesen und Handlungsempfehlungen sollen einen entscheidenden Anstoß geben, um Niedersachsen wieder zu einem attraktiven und wettbewerbsfähigen Standort zu machen.

Das Ziel ist klar: Niedersachsen muss wieder mit in der Spitze spielen.



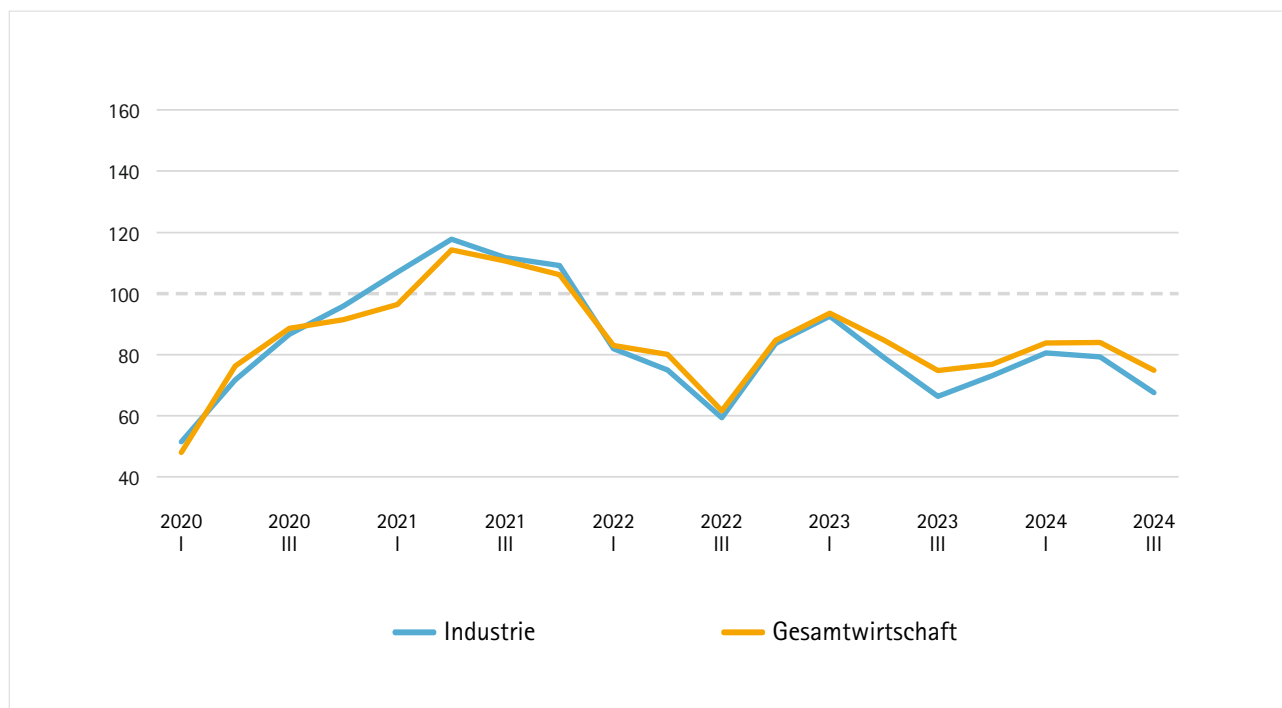
A stylized, handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Matthias Kohlmann'.

Matthias Kohlmann
Präsident IHK Niedersachsen
Dezember 2024





Niedersachsens Industrie braucht zukunftsfähige Rahmenbedingungen



IHK-Konjunkturklimaindex – Gesamtwirtschaft und Industrie

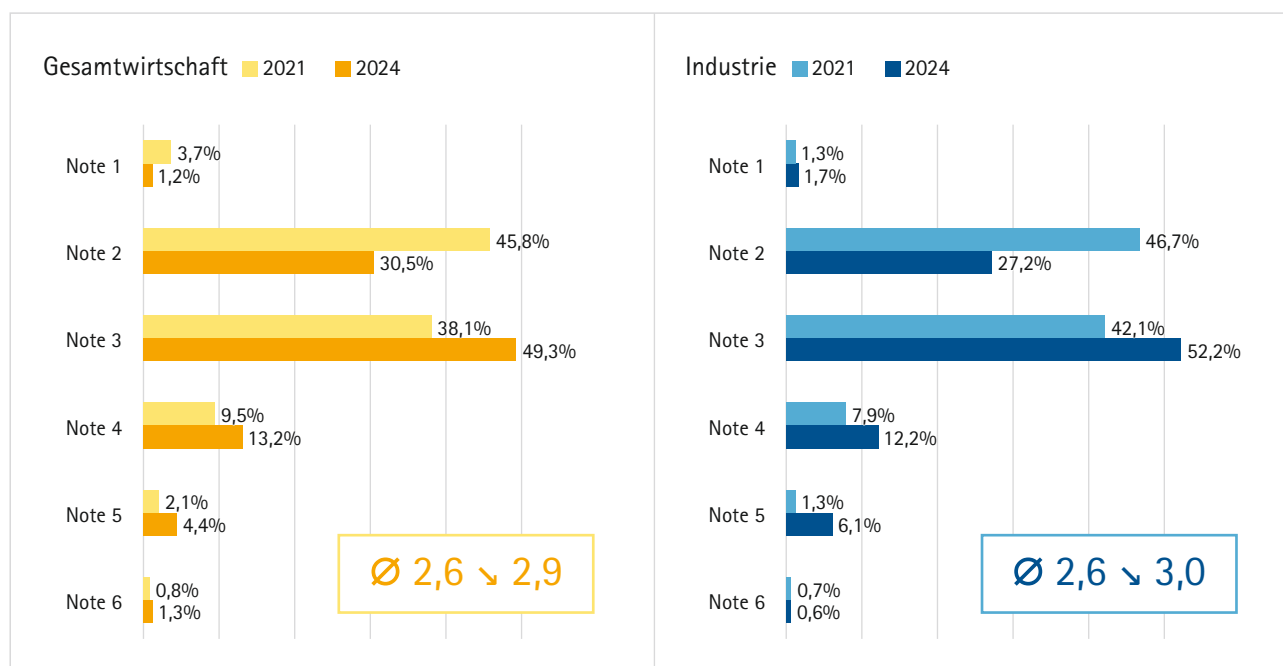
Quelle: IHKN Konjunkturumfrage, 3. Quartal 2024

Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland ist durch die multiplen Krisen der letzten Jahre und unzureichende wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen massiv gefährdet. Die Zahl der Insolvenzen wird nach Einschätzung der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) 2024 auf deutlich über 20.000 Firmenpleiten steigen. Auch die niedersächsischen Unternehmen schätzen die aktuelle Situation als besorgniserregend ein. Das zeigen die aktuellen Umfrageergebnisse der IHK Niedersachsen (IHKN) zum Ende des 3. Quartals 2024 deutlich.

So ist der Konjunkturklimaindex für Niedersachsen erneut auf aktuell 74,9 Punkte gesunken und liegt damit weit unter dem langjährigen Durchschnitt. Augenfällig ist, dass die niedersächsische Industrie schlechter abscheidet als die Gesamtwirtschaft. Ende 2021 lag der Konjunkturklimaindex der Industrie zum letzten Mal über dem der Gesamtwirtschaft. Das zeigt: **vor allem die Industrie steckt strukturell in schwierigem Fahrwasser.**



Standortzufriedenheit verschlechtert sich deutlich



Welche Gesamtnote geben Sie dem Wirtschaftsstandort Niedersachsen aus Sicht Ihres Unternehmens?

Quelle: Standortumfrage IHK Niedersachsen, 2024

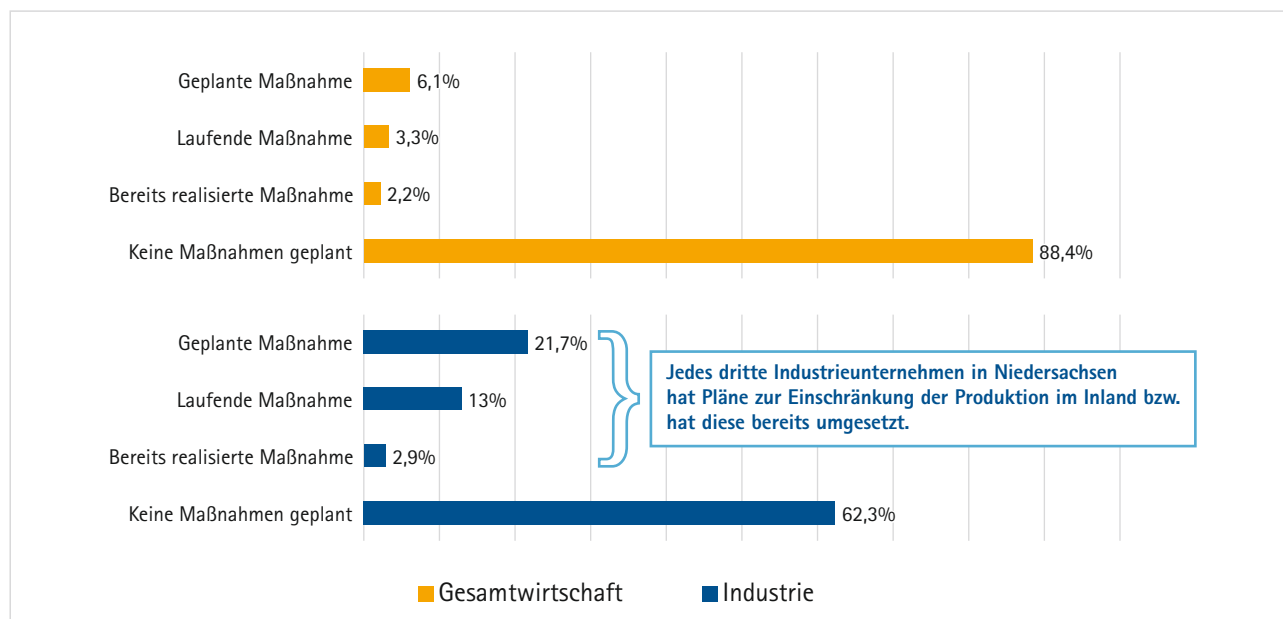
Das belegt auch die aktuelle „Standortumfrage Niedersachsen“ der IHKN, die auf Antworten von rund 900 Unternehmen basiert. Die Bewertung des Standortes liegt zwar immerhin noch bei einem „befriedigend“ (Note: 2,9), doch das Urteil der Unternehmen hat sich verschlechtert.

Dabei schneidet die Industrie insgesamt schlechter ab als die Gesamtwirtschaft (Note: 3,0) und dies gilt insbesondere bei einzelnen wichtigen Standortfaktoren. 35 Prozent der Industriebetriebe bewerten zudem die Entwicklung der Standortbedingungen negativ, lediglich 22 Prozent beurteilen sie positiv. Im internationalen Wettbewerb reicht das nicht mehr aus.

Konsequenz ist ein deutlicher Trend zur De-Industrialisierung und zur Verlagerung von Produktion in das Ausland. Nach den Ergebnissen des aktuellen Energiewendebarmeters hat jedes dritte Industrieunternehmen Pläne zur Einschränkung der Produktion in Niedersachsen bzw. hat dies bereits umgesetzt. Das ist besorgniserregend, weil davon nicht nur die wirtschaftliche Basis unseres Landes und viele Arbeitsplätze abhängen, sondern auch, da gerade die Industrie für starke Wertschöpfung vor Ort und in anderen Branchen sorgt.



Handlungsbedarf bei vielen Standortfaktoren hoch



Antworten „Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland/Einschränkung der Produktion im Inland“ auf die Frage: „Welche Maßnahmen mit Außenwirkung ergreift Ihr Unternehmen angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik?“

Quelle: Standortumfrage IHK Niedersachsen, 2024

Unsere Bestandsaufnahme zeigt: Die Krisenzeichen in den Unternehmen mehren sich. Dabei ist es – anders als die öffentliche Diskussion mitunter vermittelt – keineswegs ein Problem einzelner Branchen oder Unternehmen. Im Gegenteil: Von den Multikrisen sind flächendeckend unterschiedliche Branchen betroffen, etwa die Automotive-Industrie (u.a. wegen Transformation zu nachhaltiger Mobilität), Stahlproduktion, Grundstoffchemie oder Papierherstellung (einer der Gründe dafür: nicht wettbewerbsfähige Energiepreise), Maschinenbau und Nahrungsmittelindustrie (zunehmender Protektionismus/Sanktionsregimen für exportorientierte Branchen zählen zu den Gründen) oder Bauindustrie/-gewerbe und Möbelindustrie (u.a. wegen Seite 3 von 21 der Baukrise).

Neue Betriebe werden kaum angeworben (eine Ursache dafür: unzureichendes Standortmarketing). Hinzu kommt der – trotz Konjunkturschwäche immer noch präsente – Fachkräftemangel. Hier sorgt der Staat ebenfalls nicht für Entlastung, vielmehr saugt die öffentliche Hand sogar noch Fachkräfte vom Markt ab.

Unter besonderem Druck stehen kleine und mittlere Unternehmen. Für sie sind Verlagerungen ins Ausland vielfach keine Option, sie stehen zu ihrem Standort und sind auf ihn angewiesen. Daher benötigen sie in besonderem Maße gute Rahmenbedingungen. Diese Unternehmen sind oft das Rückgrat der lokalen und niedersächsischen Wirtschaft und spielen eine entscheidende Rolle bei der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Förderung von Innovationen.

Wenn Niedersachsen gewichtiger Produktionsstandort bleiben soll, muss die mittelständisch geprägte Industrie stärker unterstützt und weniger reguliert werden. Ziel muss sein, die Zukunftsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft und insbesondere der niedersächsischen Industrie zu sichern und im Idealfall eine der innovativsten Regionen Deutschlands/Europas zu werden. Dafür reichen Detailverbesserungen nicht aus. Die Lage ist ernst und die Zeit drängt. Um das Vertrauen der Unternehmen in den Standort zu stärken, sind umfassende Lösungen notwendig.



Ein wesentlicher Aspekt dabei ist ein Mentalitätswandel hin zu einer „Vorfahrt für Wirtschaft“-Haltung.

Dieser Mentalitätswandel bedeutet, dass weniger die Verteilung sozialer Wohltaten, sondern die Erwirtschaftung neuen Wohlstands im Vordergrund stehen muss. Das Land und seine Kommunen sollten einerseits stärker Verantwortung für die Weiterentwicklung des Standortes übernehmen (Stichwort: Entscheidungsverantwortung bei Genehmigungsverfahren), andererseits den Wirtschaftsakteuren und insbesondere den Unternehmen möglichst viel Eigenverantwortung zugestehen.

Maßstab sollten nicht Einzelfallgerechtigkeit und Detailregulierung, sondern ein pragmatisches Pareto-Optimum und gute Beispiele aus Nachbarländern sein.

Neben der Umsetzung der folgenden Vorschläge wäre dabei die Einrichtung verschiedener Modellregionen oder "Es-geht-Regionen" denkbar, in denen schnell zukunftsweisende Lösungen angestrebt und (auch unter Aussetzung bestehender Regulatorik) ausprobiert werden. Denkbar wäre dies etwa für Themen wie Bürokratieabbau, Digitalisierung, Infrastruktur, Berufsorientierung, Fachkräfteeinwanderung, Energieversorgung, transparente Grundsteuerreform etc. Bei erfolgreicher Erprobung können solche Modelle Blaupause für ganz Niedersachsen oder darüber hinaus sein.

Unser Ziel: Die Rahmenbedingungen müssen so verändert werden, dass die Unternehmen von Kosten und Bürokratie spürbar entlastet werden. Unsere Verwaltungen müssen vom Infragesteller zum Möglichmacher werden. Damit unsere Unternehmen wieder in einen „flow“ kommen und unsere Konjunktur Schwung aufnimmt.

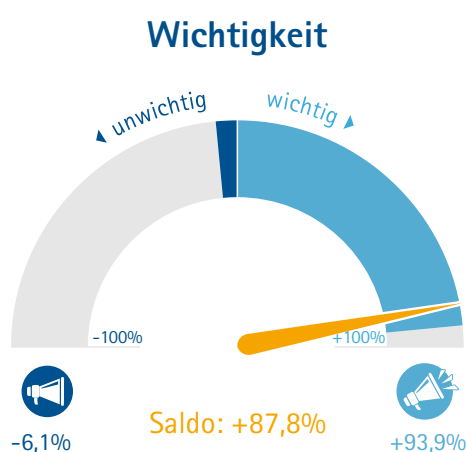


1. Wirtschaftsfreundlichkeit von Politik und Verwaltung

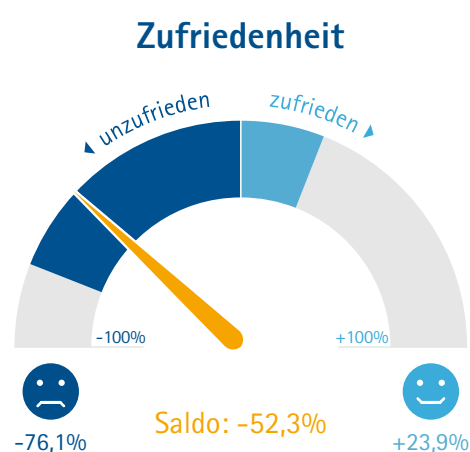
Vorfahrt geben

Situation:

Die immer weiterwachsende Bürokratie erstickt unternehmerische Initiative und bindet wertvolle Ressourcen. Auch wenn Einzelschriften sinnvoll sein mögen, überfordert die Fülle der Vorschriften die Unternehmen. Das trifft vor allem Industrieunternehmen, die in der Regel deutlich stärkerer Regulierung unterliegen.



Quelle: Standortumfrage der IHK Niedersachsen, 2024



Quelle: Standortumfrage der IHK Niedersachsen, 2024

Lösung:

Das jüngst im Bundestag verabschiedete Bürokratieentlastungsgesetz IV ist ein Anfang, aber noch weit entfernt von einer echten Trendwende. So fanden von über 400 Einzelschlüssen zum Bürokratieabbau aus der Wirtschaft gerade einmal elf den Weg in das Gesetz.

In Niedersachsen hat die Landesregierung Ende Januar 2024 in ihrer Kabinettsklausur beschlossen, Verwaltungsvorgänge zu vereinfachen und zu beschleunigen. Der damals vorgestellte Fahrplan scheint bis jetzt noch nicht so richtig ins Rollen gekommen zu sein. Hier muss der Prozess Tempo aufnehmen.

Maßnahmen:

- Moratorium für neue Berichtspflichten und eine umfassende Evaluierung bestehender Regularien installieren
- Alle Gold-Plating-Vorgaben auf Niedersachsen-Ebene (z.B. Umsetzung Green Deal) ersatzlos streichen

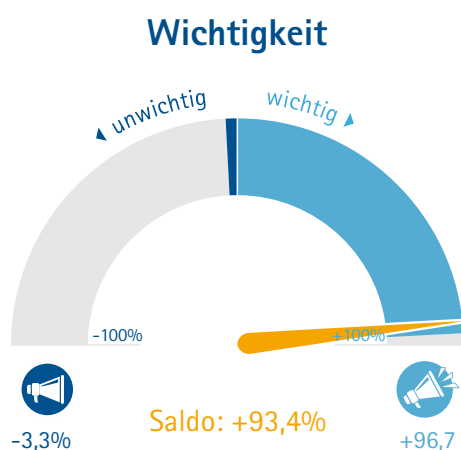
- Clearingstelle weiterentwickeln: proaktiver Abbau von bestehenden Gesetzen, Prüf- und Dokumentationspflichten (Aktuell liegen der Clearingstelle aus dem Mittelstandsbeirat ca. 140 Vorschläge in unterschiedlichster Qualität zum Bürokratieabbau vor. Diese wurden über das Wirtschaftsministerium an die zuständigen Ministerien weitergeleitet. Hier muss die Umsetzung durch ein kontinuierliches Monitoring sichergestellt werden.)
- Anzahl statistischer Meldepflichten begrenzen, insbesondere wenn die Unternehmen nicht oder nur am Rande betroffen sind oder immer wieder teilnehmen müssen (Verteiler). Es macht keinen Sinn, dass ein Unternehmen aus dem Bereich Antriebstechnologie Statistikabfragen aus der Bergbaubranche erhält und bearbeiten muss. Durch lernende KI oder Unternehmensregister können Statistikpflichten deutlich effizienter gestaltet werden.
- Modellregionen Bürokratieabbau einrichten
- Auf Bundesebene für wirklich spürbaren Bürokratieabbau sorgen (z.B. kurzfristige Umsetzung der Einzelschlüsse im Vorfeld des Bürokratieentlastungsgesetzes oder durch Umsetzung der Vorschläge des Normenkontrollrates)



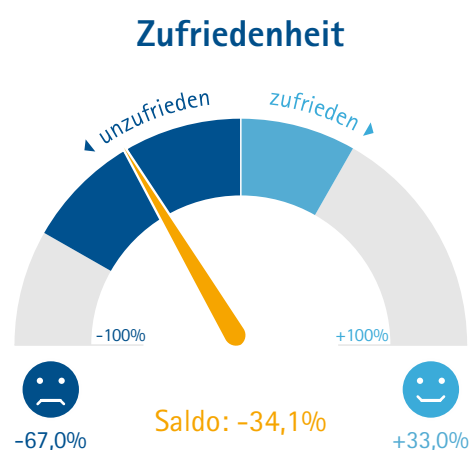
2. Fachkräftenachwuchs gewinnen und sichern

Situation:

Der Fachkräftemangel ist weiterhin eine der größten Herausforderungen für die niedersächsische Industrie. Spätestens seit Start der Fachkräfteinitiative Niedersachsen 2014 arbeitet die Landesregierung an der Fachkräftesicherung. Dennoch haben vor allem kleine und mittlere (Industrie-)Unternehmen Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen. Der demographische Wandel wird den Mangel verschärfen. Die Berufliche Bildung ist daher eine zentrale Stellschraube für die Fachkräftesicherung, auch wenn zunehmend Bewerber fehlen.



Quelle: Standortumfrage der IHK Niedersachsen, 2024



Quelle: Standortumfrage der IHK Niedersachsen, 2024

Lösung:

Schülerinnen und Schüler benötigen eine frühzeitige und praxisorientierte Berufsorientierung (BO). Alle Schulformen müssen daher verbindlich über Perspektiven einer dualen Ausbildung informieren. Mit der Vorstellung der Evaluation des BO-Erlasses wurde ein erster Aufschlag gemacht. Außerdem müssen die Bemühungen (u.a. der Fachkräfteinitiative) weiter verstärkt und ausgebaut werden, um endogene Potenziale auszuschöpfen und die Fachkräfteeinwanderung zu beschleunigen.

Maßnahmen:

- Berufsorientierung (BO) an allen Schulformen (u.a. durch mehr Fördermittel) vorantreiben, bereits in den Grundschulen, aber auch verstärkt in den Gymnasien
- Den Gedanken "Leistung lohnt sich" im Schulwesen transportieren
- Mehr Wertschätzung und Sichtbarkeit für gewerbliche Berufe schaffen
- MINT-Bildung, digitale Kompetenzen sowie ökonomische Grundbildung (auch über die Möglichkeit von Unternehmensgründungen) stärken

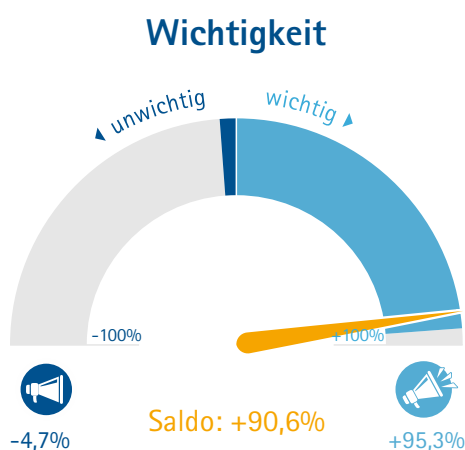
- Politik stärker an BO-Aktionen beteiligen
- Fachkräfteeinwanderung beschleunigen (u.a. durch Digitalisierung der Prozesse, Aufbau der zentralen Ausländerbehörde für Fachkräfteeinwanderung mit praxisorientierten, schlanken und zuwanderungsorientierten Prozessen, Ausbau der Welcome Center)
- Kinder- und Pflegebetreuung ausbauen (u.a. durch Unterstützung betrieblicher Kinderbetreuung, Ausbau Ganztagsbetreuung, Anpassung der KiTa-Standards)
- Arbeitsrecht flexibler gestalten und Anreize für Erwerbsarbeit stärken (Bund; s. DIHK-Papier: u.a. Flexibilisierung der werktäglichen Arbeitszeit, Abschaffung der Rente mit 63, Neujustierung des Bürgergelds, Prüfung von Karenzregelungen bei der Lohnfortzahlung)
- Modellregion Berufsorientierung einrichten
- Modellregion Fachkräfteeinwanderung einrichten



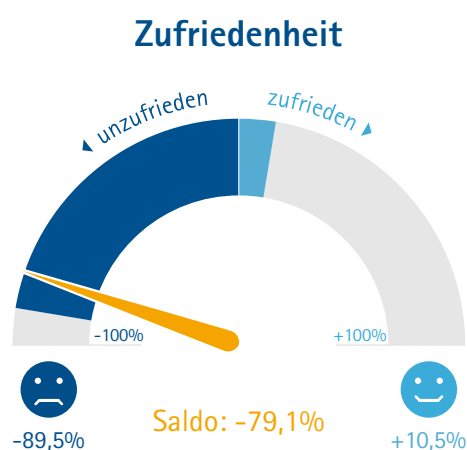
3. Steuern und Abgaben senken und vereinfachen

Situation:

Die Gesamtsteuerbelastung in Deutschland, einschließlich der auf Landes- und kommunaler Ebene erhobenen Abgaben, ist im internationalen Vergleich zu hoch. 83 Prozent der niedersächsischen Unternehmen sind laut IHKN-Standortumfrage unzufrieden mit der Höhe der Steuern und Abgaben. Das gilt insbesondere für Industrieunternehmen, die vielfach direkt im internationalen Wettbewerb stehen..



Quelle: Standortumfrage der IHK Niedersachsen, 2024



Quelle: Standortumfrage der IHK Niedersachsen, 2024

Lösung:

Es ist notwendig, die steuerliche Belastung international wettbewerbsfähig zu gestalten und zugleich die Transparenz und Vereinfachung der Steuerverfahren zu erhöhen, um die Investitionskraft und Widerstandsfähigkeit der (Industrie-)Unternehmen zu stärken. Eine Begrenzung der Gesamtsteuerbelastung sowie aktuell eine aufkommensneutrale Grundsteuerreform sind erforderlich. Zudem müssen Steuerverfahren transparenter, praxisgerechter und digitaler gestaltet werden.

Maßnahmen:

- Grundsteuerreform aufkommensneutral durchführen, entsprechend der gesetzlichen Vorgabe für Transparenz der zugesagten Aufkommensneutralität sorgen
- Bei eigenen Landessteuerkompetenzen (Grunderwerbssteuer) Steuerlast zumindest vorübergehend auf Minimum reduzieren
- Best Practice der zeitnahen Betriebsprüfung stärker nutzen

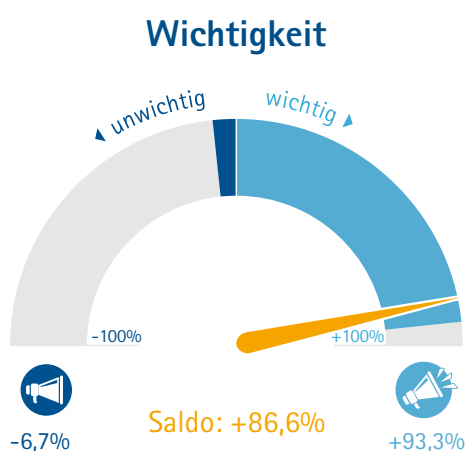
- Reform des Kommunalen Finanzausgleiches prüfen
- Gesamtabgabenbelastung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträge begrenzen, Besteuerung von Kostenbestandteilen abschaffen (Bund)
- Übertragenen Aufgaben und deren Finanzierung kritisch überprüfen (Bund)
- Zur Refinanzierung Umsatzsteuerbetrug (Karussellgeschäfte) unterbinden (Bund)
- Forschungszulagengesetz ausbauen (Bund)
- Modellregion „Transparente Grundsteuerreform“ einrichten



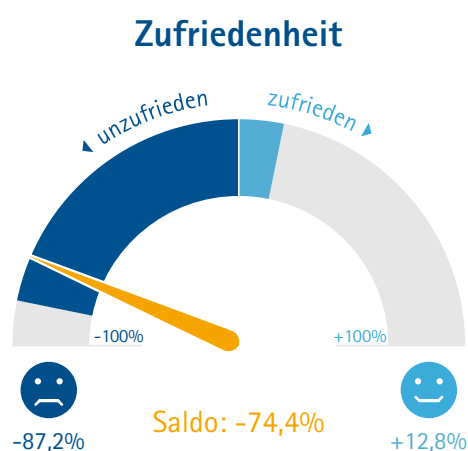
4. Energiewende mit niedrigen und verlässlichen Kosten umsetzen

Situation:

Hohe Preise und fehlende Planbarkeit bei der Energieversorgung sind für die niedersächsischen Industrieunternehmen mehr denn je ein Produktions- und Investitionshemmnis. Die Beschaffungskosten für Strom und Gas sind zuletzt zwar gesunken, nach wie vor verbleiben die Energiepreise in Deutschland aber auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau. Zudem ist die Entwicklung der Energiepreise nicht verlässlich, das behindert den Abschluss von Geschäften mit dem Ausland. Laut IHKN-Standortumfrage sind 86 Prozent der niedersächsischen Betriebe mit den Energiepreisen unzufrieden. Bisher ist es der Politik nicht gelungen, den Unternehmen eine Perspektive für eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung aufzuzeigen. Haushaltsrisiken bestimmen die politische Diskussion. Daher werden Energiepreisbestandteile wie Stromsteuer, CO₂-Preis und Netzentgelte erwartbar steigen. Die bisherigen Modelle zum Industrie-/Brücken-/Transformationsstrompreis waren eher nicht tauglich.



Quelle: Standortumfrage der IHK Niedersachsen, 2024



Quelle: Standortumfrage der IHK Niedersachsen, 2024

Lösung:

In der Vergangenheit hat sich in Niedersachsen der Grundsatz bewährt: Industrie folgt Energie. Insofern benötigen die niedersächsischen (Industrie-)Unternehmen klare, langfristige Rahmenbedingungen für niedrige Energiepreise und eine garantierte Versorgungssicherheit. Die Politik muss eine Strategie erarbeiten und umsetzen, die nicht nur klare Ziele für die Energiewende, sondern auch verlässliche und glaubwürdige Rahmenbedingungen aufzeigt. Ein Schlüssel dabei ist eine Ausweitung des Energieangebotes. Zusätzlich müssen auch die umfassenden und komplizierten EU-Regulierungen des Green Deal überprüft und entschlackt werden.

Maßnahmen:

- Regenerative Energie schneller ausbauen (insb. Wind), Planungsvorrang für Ausbau regenerativer Energien gegenüber anderen Politikzielen (z.B. Natur-/Artenschutz) gewähren
- Speicherkapazitäten schneller ausbauen und zeitnah nutzen

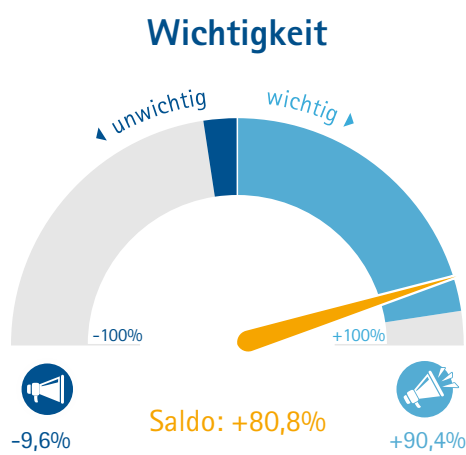
- Niedersachsen als zentrale Gasenergiedrehscheibe etablieren und weiterentwickeln (u.a. fortlaufende Netzentwicklungsplanung)
- Planerische/genehmigungsrechtliche Grundlagen für Erdöl-/Erdgasförderung sicherstellen
- H₂-Projekte, insb. Ausbau des Wasserstoffkernnetzes, weiterführen/ausbauen, H₂-Bezugsquellen sichern
- Energieträgerforschung technologieoffen fördern (auch Atomkraft 2.0 oder Fracking)
- (EU-)Regulierungen abbauen
- Modellregionen Dezentrale Energiekonzepte einrichten / Best Practices vermarkten



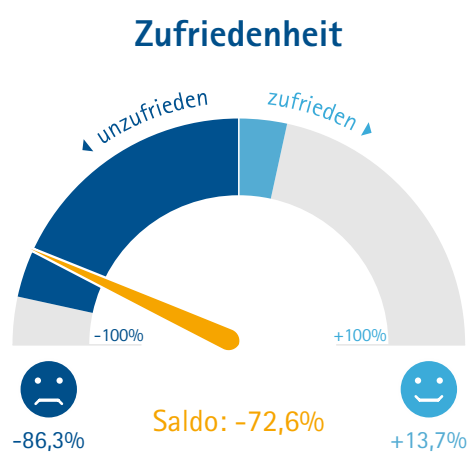
5. Digitale Verwaltung / E-Government priorisieren

Situation:

Dank der Digitalisierung vernetzen sich Fach- und Technologiebereiche in einer nie dagewesenen Dichte. Politische Weichenstellungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Das Land Niedersachsen kann die wirtschaftliche Ausrichtung durch Verwaltungsdigitalisierung, geförderten Glasfaserausbau, Vorsorge für Cybersicherheit oder die Förderung von IT-Fachkräften und technologieorientierten Start-ups positiv beeinflussen. Mit der Stabsstelle Transformation, der Digitalagentur des Landes Niedersachsen, dem Wirtschaftsschutz Niedersachsen, der NBank und dem Mittelstand-Digital Zentrum gibt es wichtige Anknüpfungspunkte. Dennoch ist eine durchgehende Digitalisierung von Verwaltungsprozessen in Niedersachsen noch in weiter Ferne.



Quelle: Standortumfrage der IHK Niedersachsen, 2024



Quelle: Standortumfrage der IHK Niedersachsen, 2024

Lösung:

Die Digitalisierung sollte in Niedersachsen noch deutlich konsequenter vorangetrieben werden. Durchgehende digitale Beteiligung sollte über eine landeseigene (mit Bund und anderen Ländern kompatible) Plattform für Antragsteller, Behörden und Gerichte gewährleistet werden.

Maßnahmen – Niedersachsen:

- Flächendeckenden Gigabitausbau abschließen, verbleibende Mobilfunklücken schließen
- Verwaltungsreform durch Digitalisierung und Aufgabenkritik anstreben, IT-Investitionen der Landesregierung koordinieren/zentralisieren und verstetigen
- Register digitalisieren und das Prinzip „once only“ in die Tat umsetzen
- Vorgaben des Landesrechnungshofes umsetzen (Personalausgaben liegen mit 16,5 Mrd. Euro auf Rekordniveau, seit 2013 wurden laut LRH zehn zusätzliche Abteilungen und 50 zusätzliche Referate geschaffen)

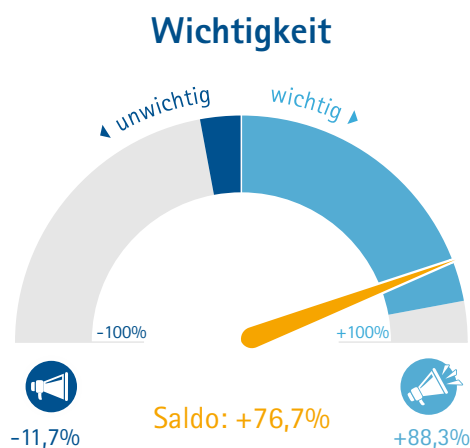
- Jedes Schriftformerfordernis kann auch durch elektronische Erklärung eingehalten werden. Jede Kommunikation mit Behörden muss vollständig elektronisch möglich, jedes Verfahren vollständig digital abzuwickeln sein.
- Jede Statistikpflicht muss sich dadurch erfüllen lassen, dass den Unternehmen eine sichere (z.B. KI-gestützte) Anwendung zur automatisierten Auswertung der im Unternehmen vorhandenen (Statistik-)Daten zur Verfügung gestellt wird. Eine Erhebung von (Statistik-)Daten, die bereits in einer Behörde vorliegen, ist untersagt.
- Modellregionen Verwaltungsmodernisierung/ Digitalisierung einrichten



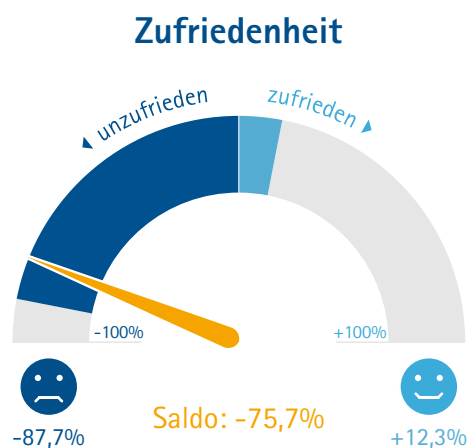
6. Infrastruktur zukunftsfähig machen

Situation:

Niedersachsen ist aufgrund seiner zentralen Lage in Europa eine Logistikdrehscheibe. Das ist vor allem für das produzierende Gewerbe essenziell. Die niedersächsischen Landesstraßen bilden zusammen mit den Fernstraßen des Bundes das Rückgrat der Transportwirtschaft und erfüllen dabei wichtige Erschließungs- und Anbindungsfunktionen, gerade im ländlichen Raum. Daneben kommt dem Schienenverkehr und den Wasserstraßen eine wachsende Bedeutung zu, da Verkehre idealerweise auf diese Verkehrsträger verlagert werden sollten. Im vergangenen Jahr hat die Landesregierung die Mittel für den Bau und den Erhalt von Landesstraßen zwar erhöht, allerdings reichen diese bei Weitem nicht aus. Hierbei sind marode Brücken noch gar nicht berücksichtigt. Auch bei der Realisierung von neuen Projekten bleibt die Landesregierung hinter den Erfordernissen der Wirtschaft zurück: Selbst dort, wo das Land noch Planfeststellungsbehörde ist, sind keine wesentlichen Fortschritte bei vordringlichen Straßenprojekten zu verzeichnen. Auch der Ausbau bzw. die Verbesserung von Schienenprojekten stockt – Beispiele hierfür sind die Verzögerungen bei der Umsetzung des „optimierten Alpha-E“ oder die Ablehnung der Neubaustrecken Hamburg-Hannover und Hannover-Bielefeld.



Quelle: Standortumfrage der IHK Niedersachsen, 2024



Quelle: Standortumfrage der IHK Niedersachsen, 2024

Lösung:

Damit Niedersachsen auch weiterhin Logistikdrehscheibe sein kann, müssen die im Bundesverkehrswegeplan 2030 enthaltenen niedersächsischen Projekte sowie die Projekte im Landesverkehrswegeplan zügig umgesetzt werden. Zudem müssen für den Erhalt weitere Mittel und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um die Verkehrsinfrastruktur insgesamt leistungsfähig zu erhalten.

Maßnahmen – Niedersachsen:

- 2,5 Milliarden Euro aus den Rücklagen und 500 Millionen Euro in Sondervermögen für aktuelle Investitionen in Infrastruktur nutzen
- Planungs- und Genehmigungsverfahren spürbar beschleunigen
- Projekte des Bundesverkehrswegeplans und des Deutschlandtaktes 2030 in Niedersachsen zügig vorantreiben (25 Millionen Euro zusätzlich in den Straßenbauplaffonds reichen nicht zur nötigen Erneuerung der Infrastruktur aus)

- Engpässe auf den Hauptverkehrsachsen beseitigen
- Autobahn GmbH finanziell und personell leistungsfähig aufstellen
- Straßen- und Brückenbaustellen besser koordinieren und beschleunigen
- Breiten Verkehrsmix ideologiefrei und pragmatisch ermöglichen
- Verlässlichkeit von Personen- und Güterverkehr sicherstellen
- Infrastruktur der See- und Binnenhäfen bedarfsgerecht ausbauen und erhalten (z.B. Umschlagplätze für Offshore-Windenergieanlagen im Hafen Cuxhaven)
- Engpässe bei Seehafenhinterlandverbindungen beseitigen
- Seewärtige Zufahrten und Fahrinnen von Außen- und Unterweser (Nord) sowie Außenems bedarfsgerecht ausbauen und erhalten
- Binnenwasserstraßen bedarfsgerecht ausbauen
- Ausbaus der Binnenhäfen zu multimodalen Logistikstandorten fördern
- Ladeinfrastruktur zügig ausbauen
- Modellregion Infrastrukturausbau einrichten

Impulspapier

der IHK Niedersachsen

Dezember 2024

Ihr Ansprechpartner:

Frank Hesse

Federführung Wirtschaftspolitik und Mittelstand

IHK Niedersachsen (IHKN)

Bischofsholer Damm 91
30173 Hannover

Telefon 0541 353 110

Telefon 0511 920 901 10

E-Mail frank.hesse@osnabrueck.ihk.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de

Titelfoto: ©Urheber: Shutterstock / Triff

Seite 5: ©Urheber: Shutterstock / Stephen Rees

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der IHK Braunschweig, IHK Elbe-Weser, IHK Hannover, IHK Lüneburg-Wolfsburg, Oldenburgische IHK, IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim sowie IHK für Ostfriesland und Papenburg. Sie vertritt mehr als 500.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Dieses Impulspapier sowie die weiteren Positionspapiere der IHK Niedersachsen können Sie unter www.ihk-n.de/impuls abgerufen werden.

Bitte beachten: Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Publikation auf die geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.



Impulspapier

Standort Niedersachsen 2024



IHK Niedersachsen (IHKN)

Bischofsholer Damm 91
30173 Hannover

Telefon 0511 920 901 10

E-Mail noske@ihk-n.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de